

Schäuble glaubt an Jamaika

Designierter Bundestagspräsident sieht gute Chancen für Koalition / Im unionsinternen Streit um Obergrenze gibt es noch keine Lösung

BERLIN (dpa). Der designierte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sieht gute Chancen für eine künftige Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen. „Ich rate zu Gelassenheit. Es wird sich ein Weg finden“, sagte Schäuble, dessen Stimme in der Union Gewicht hat, der „Bild am Sonntag“ (Feiertagsausgabe). Jamaika liege nahe, „denn wir brauchen eine stabile Regierung für unser Land“. Wirtschaft und Gewerkschaften forderten indessen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einer raschen Regierungsbildung auf.

Den unionsinternen Streit um eine jährliche Obergrenze für Flüchtlinge hält der scheidende Finanzminister Schäuble für überflüssig. „Hier wird um einen Begriff ein Scheinstreit geführt, obwohl es inhaltlich keine wirklichen Differenzen gibt.“ Die Obergrenze habe im nächsten Koalitionsvertrag nichts verloren. Die CSU dringt darauf, dass eine Obergrenze von jährlich 200 000 Flüchtlingen festgeschrieben wird.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) argumentierte in der *Rheinischen Post*, nur ein Prozent der Asylbewerber sei asylberechtigt im Sinne des Grundgesetzes. Das spiele zahlenmäßig überhaupt keine Rolle. „Wir brauchen deshalb auch keine Verfassungsänderung für die Obergrenze, wie manche glauben.“ Derzeit gingen die Flüchtlingszahlen zurück. In diesem Jahr würden deutlich unter 200 000 erwartet. Aber: „Wir brauchen ein verlässliches Konzept, wie wir die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig halten können.“ Wegen dieser Differenzen zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU könnten sich Sondierung und Koalitionsverhandlungen mit Grünen und FDP verzögern. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) hatte nicht ausgeschlossen, dass sich die Verhandlungen für eine neue Bundesregierung bis ins neue Jahr hineinziehen.



Könnte nach Auffassung von Wolfgang Schäuble gelingen: ein schwarz-gelb-grünes Bündnis.

FOTO: DPA

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) forderte von Merkel eine schnelle Regierungsbildung. „Das Land verträgt keinen Stillstand“, sagte DGB-Chef Reiner Hoffmann: „Wir haben einen großen Reformdruck, auch in Europa.“ Er geht davon aus, dass eine Jamaika-Koalition wenig Perspektiven für Arbeitnehmer biete. Die FDP wolle unter anderem mehr Ausnahmen beim Mindestlohn und weniger Dokumentation von Arbeitszeiten. Zudem forderte er mehr Tarifverträge und mehr soziale Gerechtigkeit, vor allem im Osten.

Zuvor hatten bereits der Industrieverband BDI und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) auf eine rasche Regierungsbildung gedrungen. Auch die wirtschaftspolitischen Sprecher der Unionsfraktionen aus Bund und Ländern machten entsprechend Druck. „Unsere Unternehmen brauchen möglichst rasch Klarheit darüber, wie es politisch

weitergeht in Deutschland“, sagte BDI-Präsident Dieter Kempf. DIHK-Präsident Eric Schweitzer fügte hinzu, Jamaika sei „kein Schreckgespenst für die deutsche Wirtschaft“.

Der CDU-Innenexperte Armin Schuster warnte die FDP vor einer Totalblockade beim Datenschutz. „Wir brauchen mit der FDP, anders als in der vorletzten Wahlperiode, einen klugen Ausgleich zwischen Opfer- und Datenschutz“, sagte er. Andererseits gab er zu bedenken, dass eine Zusammenarbeit mit FDP und Grünen gute Chancen biete, „endlich unsere Sicherheitsarchitektur auf Vordermann zu bringen“. Dabei müsse dem Bund in der Terrorbekämpfung eine zentralere Rolle zugewiesen werden.

In der CDU wird nach den schweren Verlusten der Union bei der Bundestagswahl über die Verantwortung von Parteichefin Merkel und die richtige Aufstellung für die Gespräche mit FDP und Grü-

nen diskutiert. Am kommenden Samstag stellt sich Merkel beim Deutschlandtag der Jungen Union in Dresden dem Parteiennachwuchs. Am Sonntag will sie mit der CSU-Spitze über die künftige gemeinsame Linie beraten.

Offen zeigte sich Schuster, der dem konservativen CDU-Flügel zugerechnet wird, für die Besetzung von Schlüsselressorts durch FDP und Grüne: „Wenn die FDP den Finanzminister stellen würde, ist das kein Grund für schlaflose Nächte. Ein grüner Außenminister auch nicht.“ Die Union müsse jetzt unkonventionell und mutig vorgehen. „Warum sollte nicht Finanzen und Arbeit/Soziales an die FDP gehen, das Auswärtige Amt und Entwicklungshilfe an die Grünen und Innen und Justiz an die Union?“ Die Schwerpunkte der jeweiligen Partner sollten präzise im Koalitionsvertrag fixiert werden, sagte Schuster. Dazu sei auch eine frühe Vergabe der Ministerien sinnvoll.

Bevölkerung wächst auf 83 Millionen

Prognose des IW-Instituts

KÖLN (dpa). Die deutsche Bevölkerung wächst nach Prognosen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bis 2035 um eine Million auf mehr als 83 Millionen Menschen. Bis 2023 erwartet das Institut sogar einen Anstieg auf fast 84 Millionen Menschen. Dies sei aber nur ein Zwischenhoch. Mit dem langfristigen Anstieg kehrten sich frühere Annahmen des Statistischen Bundesamtes um, teilte das Kölner Institut auf seiner Internetseite mit.

Der Trend gilt nicht für alle Bundesländer. Während laut IW vor allem Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg zulegen, verlieren ostdeutsche Bundesländer Einwohner. Berlin überspringt der Studie zufolge bei einem Plus von 51 000 Menschen die Vier-Millionen-Marke. Hamburg wird mit einem Zuwachs von 162 000 Menschen fast Zwei-Millionen-Stadt. In den Stadtstaaten wachse vor allem der Anteil junger Menschen, so das Wirtschaftsinstitut. Der Gesamtanstieg in Berlin und Hamburg sei mit 14,5 und 9,1 Prozent der höchste unter allen Bundesländern. Thüringen und Sachsen-Anhalt stehen mit Verlusten von gut zehn Prozent am Ende der Liste.

Als Gründe für die steigenden Zahlen nennt das IW eine höhere Geburtenrate und eine stärkere Zuwanderung. Für 2015 berechnete das Statistische Bundesamt eine Nettozuwanderung von 1,1 Millionen Menschen. 2014 habe der Wanderungssaldo bei 550 000 gelegen.

Während der Trend zum Bevölkerungsschwund in vielen Bundesländern gedreht werde, schreite die Alterung der Gesellschaft überall voran. Sie äußert sich in einem Rückgang der Zahl der Menschen im Erwerbsalter zwischen 20 und 67 Jahren und der Zunahme der Zahl älterer Menschen. „Dahinter verbirgt sich die Alterung der Babyboomer-Generation, die bis 2035 mehrheitlich das Rentenalter erreicht haben wird“, heißt es.

„Kaum profund und anschlussfähig“

BZ-INTERVIEW: Wolfgang Schroeder hat die Arbeit der AfD in den Landtagen analysiert und rechnet mit einer Fundamentalopposition der Partei im Bundestag

FREIBURG. Die Alternative für Deutschland (AfD) zieht erstmals in den Bundestag ein. Sebastian Kaiser hat mit dem Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder über die bisherige Arbeit der Partei in den Landesparlamenten und die Ausrichtung der künftigen Bundestagsfraktion gesprochen.

BZ: Herr Schroeder, Sie haben eine Studie veröffentlicht, die die Arbeit der AfD-Fraktionen in den Landtagen untersucht. Was für einen Eindruck haben Sie?

Schroeder: Wir haben es mit einer Partei der Neulinge zu tun, die mit professioneller Politik auf Landes- oder Bundesebene überhaupt nicht vertraut ist. Von den anfangs 153 AfD-Abgeordneten in den zehn Landesparlamenten, die wir untersuchten, gab es nur eine Person, die schon einmal in einem Landtag gesessen hat. Dennoch haben diese Leute durchaus politische Vorerfahrungen. 50 Prozent waren bereits Mitglieder in anderen Parteien und haben dort Funktionen auf kommunaler Ebene wahrgenommen. 25 Prozent dieser Abgeordneten stammen aus der CDU – sie ist die Hauptquelle derjenigen in der AfD, die sich in ihrer Vergangenheit politisch engagiert haben.

BZ: Wie professionell arbeiten die Abgeordneten der Partei auf Landesebene?

Schroeder: Es sind Neulinge, Minderheiten, die sich im parlamentarischen Betrieb stigmatisiert fühlen. Die Landtagsfraktionen haben in den Ausschüssen nur eine sehr begrenzte Kompetenz dokumentieren können. Aber im Plenum ist es ihnen gelungen, die großen Parteien unter Druck zu setzen. Vor allen Dingen mit den Themen Zuwanderung, Integration, Abschiebung und Innere Sicherheit, aber

auch zu Fragen der deutschen Kultur und der politischen Bildung. Zentrales Merkmal ihrer parlamentarischen Rhetorik ist emotionale Lautstärke mit kaum anschlussfähigen Lösungsvorstellungen. Sie bringen somit den Hass, der zuweilen in der Gesellschaft gegen Politiker existiert, ins Parlament.

BZ: Wir würden Sie die parlamentarische Arbeit der AfD-Abgeordneten beschreiben?

Schroeder: Wir haben herausgefunden, dass es zwei verschiedene Profile von AfD-Fraktionen gibt – parlamentsorientierte gegen bewegungsorientierte Fraktionen auf der anderen Seite. Parlamentsorientierte AfD-Politiker sind diejenigen, die langfristig die Lücke rechts von der CDU besetzen wollen. Sie verstehen sich als Mitglieder einer konservativen Partei, die langfristig im Parlament bleiben möchte. Sie wollen sich nicht nur auf Opposition beschränken, sondern perspektivisch koalitions- und regierungsfähig werden. Das war bislang vor allem der sächsische Teil der AfD um Frauke Petry, der rheinland-pfälzische AfD-Fraktionschef Uwe Junge und der Berliner AfD-Landeschef Georg Pazderski. Der bewegungsorientierte Teil der Partei wird vor allem von Protagonisten wie dem Thüringer Björn Höcke, André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt und teilweise auch von AfD-Chef Jörg Meuthen verkörpert. Für diesen Kreis ist das Parlament nur der Resonanzboden, um die Gesellschaft zu verändern und die eigene Klientel zu erreichen.



Wolfgang Schroeder

FOTO: ROLF SCHULTEN

BZ: Welchen Hintergrund haben die Politiker in den AfD-Landtagsfraktionen?

Schroeder: Die stärkste Gruppe unter den Abgeordneten kommt üblicherweise aus dem öffentlichen Dienst. Bei der AfD ist das anders: Bei ihr sind die Selbstständigen überproportional stark vertreten; vor allem in Ostdeutschland. Meist handelt es sich um Freiberufler, die nicht sonderlich erfolgreich waren – oft auch mit gebrochenen Verliererbiographien. Für sie ist das Abgeordnetenmandat eine Aufstiegschance. Überproportional ist auch die Herkunft aus der Bundeswehr, der Polizei und den privaten Sicherheits-

diensten. Nur 14 Prozent der Abgeordneten sind weiblich.

BZ: Was erwartet uns im Bundestag? Wer hat dort das Übergewicht in der Fraktion?

Schroeder: Eine Mehrheit der künftigen AfD-Bundestagsfraktion gehört dem bewegungsorientierten, radikalen völkischen Flügel der Partei an. Nur eine Minderheit ist dem parlamentsorientierten gemäßigten Flügel zuzurechnen – der ist in den vergangenen Monaten marginalisiert worden. Das ist auch am Rücktritt Frauke Petrys deutlich geworden, die zuletzt nur noch eine Minderheitenmeinung in der Partei repräsentiert hat.

BZ: Sie rechnen nicht damit, dass sich die AfD ernsthaft in die parlamentarische Arbeit einbringt?

Schroeder: Sie ist Teil der Opposition, und die sollte sich durch Kritik-, Kontroll- und Alternativfähigkeit auszeichnen. Eine so gearbete konstruktive Opposition werden wir bei der AfD kaum erwarten können. Ihr Erfolgserlebnis war bisher die Provokation. Zudem hat sie in ihren Reihen bislang kaum Fachpolitiker, die das Bohren dicker Bretter praktizieren. Das könnte sich ändern, wenn die Bereitschaft vorhanden wäre, sich in die Details der Politikfelder einzuarbeiten. Bei der AfD werden wir es erst einmal primär mit einer stimmungsgeladenen Fundamentalopposition zu tun haben. Nach allen Erfahrungen aus den Landesparlamenten wird das, was sie zu sagen hat, kaum profund und anschlussfähig sein.

BZ: Trägt der Vergleich mit den Grünen, die in ihrer Frühphase ebenfalls extreme Positionen vertreten haben?

Schroeder: Ja und nein. Er trägt hinsichtlich des sehr heterogenen Spektrums an Interessenlagen. Bei den Grünen reichte das Spektrum von wertkonservativen bis hin zu linksfundamentalen Politikern. Bei der AfD sind es Rechtskonservative, Bürgerliche, aber eben auch Rechtsradikale, die sich für die Partei engagieren und Ämter bekleiden. Der Unterschied besteht vor allen Dingen darin, dass die Grünen eine grundsätzlich positive Vorstellung von der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft vor Augen hatten. Die AfD ist hingegen eine negative destruktive Kraft, die von Ressentiments und vom Blick nach hinten lebt. Der Partei fehlt eine positive Vorstellung davon, wie sie diese Gesellschaft frei und gleich weiterentwickeln will.

BZ: Rechnen Sie damit, dass die Partei an Radikalität verlieren wird?

Schroeder: Bei den Grünen wirkte der Parlamentarismus als Zuchtmeister für die Anerkennung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie. Ob dies bei der AfD ähnlich ist, ist offen. Die Radikalisierung der vergangenen Monate hätte man auch nicht so richtig vorhersagen können. Die Partei sitzt schließlich schon in 13 Landesparlamenten. Die Voraussetzungen für eine Parlamentarisierung wären also durchaus vorhanden gewesen – sie ist aber nicht eingetreten.

Wolfgang Schroeder (57) ist Politikwissenschaftler an der Universität Kassel. Er hat im Juni mit Bernhard Weßels vom Wissenschaftszentrum Berlin eine Studie zur AfD in den Landtagen veröffentlicht.